



Zeitung der Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste in München
www.gruene-muenchen-stadtrat.de

City Maut für München

für die Trendwende in der Verkehrspolitik

Die EU zwingt ihre Mitgliedstaaten zu erhöhten Anstrengungen bei der Luftreinhaltung. Die neuen Grenzwerte für zahlreiche Schadstoffe werden in München – ebenso wie in vielen anderen Städten nicht eingehalten. Es besteht Handlungsbedarf. Doch die City Maut wäre nicht nur zur Luftreinhaltung ein nützliches Instrument



Trotz Fußgängerzone herrscht am Stachus meistens „dicke Luft.“

Durch verschiedene EU-Richtlinien, in der 22. Bundesimmissionsschutzverordnung (BImSchV) in nationales Recht umgesetzt, werden ab 2005 bzw. ab 2010 neue Grenzwerte für Luftschadstoffe wie Schwefeldioxid (SO₂), Stickstoffdioxid (NO₂), Blei, Benzol, Feinstaubpartikel u.a. vorgeschrieben. In München werden diese Grenzwerte derzeit

für Feinstaub und NO₂ regelmäßig und zum Teil deutlich überschritten.

Der Zusammenhang zwischen Feinstaubpartikeln in der Luft bzw. Stickstoffdioxid und der Beeinträchtigung der menschlichen Gesundheit ist vielfach nachgewiesen (siehe Artikel, S. 4). Verantwortlich für diese Immissionen ist in hohem Maße der Kfz-Verkehr. Es sind die Brennpunkte des Autoverkehrs, wo die höchsten Schadstoffkonzentrationen gemessen werden. Die Regierung von Oberbayern kommt in ihren „Informationen zum Luftreinhalteplan“ zu dem Schluss, dass „ein erheblicher Anteil vom örtlichen Verkehr in der Straße selbst stammt.“ Dies gelte

umso mehr, als ein Anteil, der den „sonstigen städtischen Einflüssen“ zugeschlagen wird, wiederum von Kraftfahrzeugen verursacht werde. Der Schwerpunkt der künftigen Aktivitäten sei daher insbesondere auf den Kraftfahrzeugverkehr zu richten.

Wenn die neuen Grenzwerte eingehalten werden sollen, besteht dringender Handlungsbedarf. Nach EU-Recht bzw. der daraus entstandenen BImSchV-Novelle muss die Regierung von Oberbayern in Zusammenarbeit mit dem Münchner Stadtrat einen Luftreinhalteplan (für mittelfristige Auswirkungen) und einen Aktionsplan (Sofortmaßnahmen) beschließen.

Was drin ist

Seite

Kampfschrift gegen schlechte Hochhäuser.....	4
Sind Hochhäuser ökologisch?.....	7
Gender Budgeting.....	9
Euro-Vision für die Türkei.....	11
Orientierung oder Förderung?.....	13
20 Jahre Mondfahrt.....	14
INLADUNG.....	Letzte Seite

Die Erfahrungen in London sind gut

Um die Diskussion über den erforderlichen Luftreinhalteplan auch in der Öffentlichkeit anzustoßen hat die Stadtratsfraktion Die Grünen - rosa liste deshalb zu Jahresbeginn angekündigt, für München die Einführung einer City Maut zu überprüfen. Vor allem die guten Erfahrungen in London, wo der Autoverkehr im Maut-Gebiet um beachtliche 17% gesenkt werden konnte, machen die City Maut zu einer bedenkenswerten Alternative.

Neben der unabwiesbaren Notwendigkeit, neue Anstrengungen zur Luftreinhaltung zu unternehmen, bietet sich die City Maut auch als ein Instrument an, um klar definierten Zielen Grüner Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik näher zu kommen: Mehr Wohn- und Lebensqualität, mehr Sicherheit, Multimobilität für alle, eine nachhaltige

Wirtschafts- und Stadtentwicklung und der Schutz des Klimas und der natürlichen Ressourcen.

Im politischen Alltag bedeutet das eine Förderung des Umweltverbundes aus Rad, Fuß und ÖPNV sowie innovativer umweltfreundlicher Verkehrsmittel. Doch die weiterhin stark steigenden Auto- und LKW-Verkehrsströme in und durch München gefährden die oben genannten Ziele.

München braucht eine Reduzierung des Verkehrs

Der aktuelle Entwurf des städtischen Verkehrsentwicklungsplanes formuliert zwar die richtigen Ziele (den Rückgang des KFZ-Verkehrs am Verkehrsaufwand von 68% auf 50 %), die vorgeschlagenen Maßnahmen hingegen lassen erkennen, wo die Richtung hingehen wird: ein weiteres deutliches Wachstum des MIV (motorisierter In-

dividualverkehr) mit all seinen negativen Folgen.

Die Konsenspolitik der Stadt mit einer massiven Angebotsausweitung sowohl beim Umweltverbund als auch beim MIV ohne nennenswerte Einschränkungen für letzteren wird die Trendwende in der Verkehrspolitik weiterhin blockieren. Notwendig sind verkehrsreduzierende Maßnahmen: neben der bereits sehr erfolgreich, aber viel zu langsam eingeführten Parkraumbewirtschaftung braucht München Verkehrsberuhigung, die strategisch vernünftige Nutzung der Telematik (etwa durch Pfortnerampeln und weitergehende Vorrangschaltungen für Bus und Tram), eine Umverteilung des Straßenraumes zugunsten anderer Verkehrsmittel (z.B. Busspuren, Fahrradstreifen, Fahrradstraßen) und auch die Erhebung von Nutzungsgebühren, also die City Maut.

Die ersten Reaktionen haben es gezeigt:

Einladung zum Hearing

City Maut für München

am Samstag, den 22. Mai 2004, von 11-15 Uhr (ca.)
im Großen Sitzungssaal im Rathaus

Liebe Freundinnen und Freunde,
unsere Idee zur Einführung einer City-Maut hat über die Grenzen Münchens hinaus Schlagzeilen gemacht. Um aus dieser Idee ein Konzept zu machen, brauchen wir fachlichen Rat aus verschiedenen Gebieten. Zu diesem Hearing haben wir daher zahlreiche Experten eingeladen, die uns umfassend über alle Aspekte der City-Maut informieren werden, z.B. über:

- Die neue Bundesimmissionschutzverordnung
- Die Rechtslage in Deutschland
- Die Entwicklung des Verkehrs in München
- Die Erfahrungen in London
- Die Position des Einzelhandels
- Psychologie und Akzeptanzprobleme
- Datenschutz und RFID-Technik



Wir laden alle Interessierten herzlich ein, sich zu informieren und zu diskutieren (Eintritt frei).

Mit freundlichen Grüßen

Sabine Krieger

Jens Mühlhaus

www.city-maut-muenchen.de

Liebe Leserinnen und Leser,

ein Gespenst geht um in Deutschland. Es schillert in schwarz-grünen Farben und ist vorwiegend in den Großstädten anzutreffen, wo es in sozialdemokratischen Häusern Angst und Schrecken verbreitet. Den Journalisten dagegen ist das Gespenst ein wahrer Freund und beschenkt sie mit allerlei erlesenen Gerüchten.

Erst kürzlich ist es wieder gesehen worden – in Hamburg, doch waren die Sozis dort ohnehin schon so verängstigt, dass der schwarz-grüne Horror gar nicht mehr ins Gewicht fiel. Aber in Köln hat sich das Gespenst in eine Gestalt aus Fleisch und Blut verwandelt und regiert die Stadt.

In München ist es nach einem spektakulären Auftritt in den achtziger Jahren fast völlig von der Bildfläche verschwunden – zum Bedauern aller, die sich in der politischen Szener der Stadt ein bisschen mehr Action und Phantasie wünschen. Aber nur ganz vereinzelt flackert ein schwarz-grünes Irrlicht durch die Münchner Kommunalpolitik, etwa wenn es in einem Bezirksausschuss Vorsitzende bestimmt, den Sitzungssaal des Rathauses mit einem Monumentalgemälde verschönert oder das Deutsche Theater vor der Schließung bewahrt.

Das ist nicht gerade viel für eine Millionenstadt, wo die ökologische Partei wirtschaftspolitischen Realismus entwickelt hat und die konservative Partei einen starken großstädtisch liberalen Flügel entwickeln könnte – die unabdingbare Voraussetzung, um das Gespenst zu beschwören. Aber die hiesigen Konservativen sind nicht so arg großstädtisch und finden immer noch Gefallen an prämoderner dörflicher Homogenität - Ausgrenzung von Minderheiten inklusive. Außerdem sind sie wohl zu sehr mit der Jagd auf die eigenen schwarzen Dämonen beschäftigt, als dass sie Sinn für die Schönheit andersfarbiger Geister hätten. Das mag das Gespenst nicht und bleibt weg.

Eigentlich schade drum - aber ein klares Feindbild hat ja auch seine Vorzüge.

Markus Viellvoye

Der Vorschlag, die Einführung einer City Maut näher zu prüfen ist von enormer politischer Brisanz. Er beinhaltet außerdem noch eine Reihe technischer und stadtplanerischer Probleme, die gelöst werden müssen, bevor konkrete Einzelheiten festgelegt werden können. Die Grünen fordern daher die Stadt auf, zunächst eine unabhängige Studie in Auftrag zu geben, in der alle Auswirkungen der City Maut auf die Luftreinhaltung, auf die Lage des Einzelhandels, auf die gesamtwirtschaftliche und stadtplanerische Situation, die soziale Struktur der Stadt und den Datenschutz untersucht und konkrete Vorschläge zur Realisierung gemacht werden.

Eckpunkte einer City Maut

Ohne den Ergebnissen der Studie vorgehen zu wollen bzw. zu können, scheinen folgende Eckpunkte für die City Maut sinnvoll zu sein:

■ Die City Maut sollte eine Flächen-Maut sein. Aussagen über den konkreten Umriss möglicher mautpflichtiger Gebiete sind aber erst möglich, wenn die Studie die Auswirkungen auf die Verkehrsentwicklung untersucht hat.

■ Das gilt auch für die Höhe der Maut. Sie sollte sich an den Preisen des öffentlichen Nahverkehrs orientieren und zwischen dem verkehrspolitischen Nutzen und dem Ziel einer möglichst geringen Belastung der Bürger und des Wirtschaftsstandortes ausbalanciert sein. In wie weit Erfahrungen aus London oder Stockholm auf München übertragbar sind, muss in der oben erwähnten Studie sorgfältig geprüft werden.

■ Anwohner, Wirtschaftsbetriebe, Ambulanzen, Behindertenfahrzeuge und umweltfreundliche Fahrzeuge erhalten Vergünstigungen bis hin zur Befreiung. Für notwendige Fahrten, die auch im Interesse der Stadt sind (z.B. Pflegedienste, Essen auf Rädern, u.a.m.) sollen den betreffenden Organisationen einfache und unbürokratische Regelungen angeboten werden.

■ Monats- oder Jahrestickets soll es nicht geben, im Vordergrund steht das Ziel der Verkehrsvermeidung.

■ Die Einnahmen werden ausnahmslos in nachhaltige Verkehrskonzepte investiert, die allen Münchner Bürgern spürbare Verbesserungen bringen. Der Schwerpunkt wird dabei auf Ausbau und Qualitätssicherung des bestehenden öffentlichen Nahverkehrs und nachhaltigen Verkehrsprojekten liegen um endlich allen Bürgern eine wirklich gute Alternative zu bieten. Beispiele hierfür sind Taktverdichtung, Bau einer Stadt-Umland-Bahn, stabile oder sinkende Tarife im ÖPNV, die Förderung des Radverkehrs und die Schaffung neuer und attraktiver Fußwegverbindungen.

■ Für Die Grünen in München ist die City Maut nur unter 100%iger Berücksichtigung datenschutzrechtlicher Belange interessant. Eine Kamera-Technik wie in London kommt für Die Grünen nicht in Frage. Als eine Möglichkeit erscheint vor allem die RFID-Chip-Technik in Form einer digitalen Vignette, wie sie in Österreich bereits angewandt wird.

Es gibt momentan noch keine bundesrechtliche Grundlage für eine kommunale Flächenmaut. Die Bundestagsfraktion müsste daher eine entsprechende Gesetzesinitiative starten – wozu aber wenigstens beim verkehrspolitischen Sprecher Ali Schmidt grundsätzlich Bereitschaft besteht.

Nur eine City-Maut kann der Stadt die Mittel einbringen, die für den Ausbau des MVV dringend nötig sind und gleichzeitig die Geschwindigkeit des dann verbleibenden Straßenverkehrs deutlich steigen. Durch diese Steigerung verringert sich letztlich die Belastung für beruflich bedingte Nutzung der Straßen ganz erheblich, wie in London nachgewiesen werden konnte. Eine Situation von der am Ende alle profitieren können: Die Anwohner, die Nutzer des MVV und diejenigen, die aufs Auto nicht verzichten können.

Jens Mühlhaus



„Die Deutschen sind die Einzigen in Europa, die mit den Worten 'Ich stehe da hinten' den Parkplatz ihres Autos bezeichnen.“

Zoltan von Bathory

FEINSTAUB UND NO₂ - RISIKOFAKTOREN IN MÜNCHEN

Die Ozon-Belastung hat nachgelassen - aber die Werte für Feinstaub sind zu hoch

Stickstoffmonoxid und -dioxid (NO₂) entstehen prinzipiell als Nebenprodukt bei Verbrennungsvorgängen durch die Oxidation von Luftstickstoff. Stickstoffdioxid (NO₂) ist ein braunrotes, süßlich riechendes Gas, das mit Wasser zu Salpetersäure reagiert. Es ist ätzend und, je nach Konzentration, sehr giftig. Bei längerer Einwirkung können höhere Konzentrationen zu chronischer Bronchitis oder auch zu einer Erhöhung der Empfindlichkeit gegenüber Atemwegsinfektionen führen, wobei Kinder speziell betroffen sind.

Ab 2010 liegt der Immissionsgrenzwert für NO₂ bei 40 µg/m³ (1 µg = 1/1000 Milligramm) im Jahresmittel. Bis dahin gelten langsam sinkende Toleranzmargen, aktuell liegt der Grenzwert bei 52 µg/m³ – und er wird an zahlreichen Straßen und Plätzen Münchens überschritten. Stickstoffoxide haben auch pflanzentoxische Wirkungen; so schädigen sie beispielsweise bei Bäumen die Oberseite von Blättern und Nadeln. Die aus Stickstoffoxiden gebildete Salpetersäure trägt erheblich zur Bodenversauerung bei. Das Auftreten der heutigen Waldschäden wird u. a. mit dem umfangreichen Eintrag von Stickstoffoxiden in Verbindung gebracht. Der saure Regen, der zu einem großen Teil auch auf Stickstoffoxide zurückgeht,

führt außerdem zur Gewässerversauerung und greift Gestein und Metall von Bauwerken an.

Die Stickstoffoxid-Belastung hat für weitere Probleme ebenfalls entscheidende Bedeutung. Stickstoffoxide und reaktive Kohlenwasserstoffe sind zusammen mit Sonnenstrahlung die Reaktionspartner für die photochemische Ozonbildung. Maßnahmen zur Reduzierung der Stickstoffoxid-Emissionen tragen also auch zur Minderung des Sommersmogs bei.

Gesundheitsschädlich sind auch Feinstäube. Besonders gefährlich sind Partikel, die einen Durchmesser von weniger als 10 Mikrometer (10 µm = 1 Hundertstel Millimeter) haben. Dieser Teil des Schwebstaubs wird PM10 genannt („Particulate Matter < 10 µm“). Während gröbere Teilchen gar nicht eingeatmet bzw. im oberen Teil des Atemtrakts herausgefiltert werden, kann ein Teil von PM10 über den Kehlkopf hinaus in die Lunge gelangen und von dort zum Teil in die Lymph- und Blutbahnen. Ihre zerklüftete Struktur ermöglicht eine Anlagerung von weiteren giftigen Substanzen. Dieses Schadstoffgemisch besteht aus einer Vielzahl von chemischen Verbindungen mit teils Krebs erzeugender Wirkung. Es verursacht in den Atemwegen lokale Entzün-

dungen und kann so zu schwerwiegenden Auswirkungen auf die Gesundheit führen: Husten, Atemnot, Bronchitis und Asthmaanfälle bei Kindern und Erwachsenen; vorzeitige Todesfälle und Lungenkrebs. Mit zunehmenden PM10-Jahresmittelwerten haben mehr Menschen Atemnot, Husten, Auswurf und Atemwegsinfektionen. Es kommt auch zu messbaren Einbußen der Lungenfunktion. Weiter wurde ein eindeutiger Zusammenhang zwischen erhöhten Feinpartikelkonzentrationen und häufigeren Todesfällen festgestellt.

Industrie, Gebäudeheizung und Kfz-Verkehr sind zu etwa gleichen Teilen für die Staubemissionen verantwortlich. Daneben gibt es noch indirekte anthropogene Staubemissionen: Aufwirbelungen vom Boden (Kraftfahrzeugverkehr, Baustellen etc.), verstärkte Staubemissionen durch geänderte Landnutzung (Landwirtschaft) oder Staubbildung durch partikelbildende Gasreaktionen (wie die Oxidation von Schwefeldioxid zu Sulfat oder Stickstoffdioxid zu Nitrat etc.).

Der Grenzwert für PM10 liegt ab 2005 bei 40 µg/m³. Er wird z.B. am Leuchtenberggring fast um das 3fache überschritten (108 µg/m³).

Markus Viellvoye

MÜNCHEN WIRD GENTECHNIKFREIE ZONE

Auf Antrag der Grünen hat München bereits 1999 als erste bundesdeutsche Großstadt beschlossen, weder gentechnisch verändertes Saatgut noch entsprechende Futtermittel auf seinen landwirtschaftlichen Flächen einzusetzen. Die Landwirtschaftlichen Betrieben haben bei der Neuverpachtung von Flächen, Pächter bevorzugt, die auf die Verwendung von genverändertem Saat- und Pflanzgut verzichten. Seit 1999 sind ca. 150 Pachtverträge unterzeichnet worden. Heute ist die städtische Landwirtschaft „gentechnikfrei“.

Kommunalreferentin Gabriele Fridrich, zuständig für die Landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt, hält daher die im Gentechnik-Gesetz enthaltenen

Regelungen für völlig unzureichend, um die Koexistenz von ökologisch bzw. konventionell bewirtschafteten Anbauflächen und Flächen mit gentechnisch veränderten Organismen (GVO) zu gewährleisten. Auch die Haftungsregelungen für Landwirte, die möglicherweise vom benachbarten GVO-Anbau betroffen sind, sind unzureichend.

Deshalb beteiligen sich die Landwirtschaftlichen Betriebe an der Einrichtung einer gentechnikfreien Zone auf freiwilliger Basis in Stadt und Landkreis München durch den Bayerischen Bauernverband. Dabei verpflichten sich die beteiligten Landwirte, dass sie über die Laufzeit der Vereinbarung (bis 31. Januar 2005) kein gentechnisch verändertes Saat- und Pflanzgut in ihren Betrieben

einsetzen werden. Um dieses Ziel zu erreichen, werden die Unterzeichner von den jeweiligen Saat- und Pflanzgutlieferanten eine schriftliche Garantieerklärung einfordern, dass bei der Herstellung des Saat- und Pflanzgut keine gentechnischen Methoden eingesetzt worden sind.

Die beteiligten Landwirte haben beschlossen, sich vier Wochen vor Ablauf des Memorandums wieder zu treffen, um die Fortführung der Vereinbarung zu besprechen. Die Landwirtschaftlichen Betriebe der Stadt München haben sich wie nahezu alle Betriebe, die dem Münchner Bauernverband angehören, diesem Memorandum angeschlossen.

Silke Pesik

NICHT NUR DIE INNENSTADTSILHOUETTE IST SCHÜTZENSWERT!

Eine Kampfschrift gegen schlechte Hochhäuser am falschen Platz

Der Grundkonsens der Münchner Stadtentwicklungspolitik lautete stets: Die Silhouette der Altstadt ist zu erhalten – hemmungslos modernisiert wird an anderen Stellen der Stadt. Dass jetzt so heftig gegen die Hochhausplanungen opponiert wird, hat auch mit der Aufkündigung dieses Grundkonsenses zu tun.

Mit „Uptown München“, das jetzt in das Ensemble des Nymphenburger Schlosses hineinragt, mit dem Hochhaus hinter dem Siegestor und der drohenden Bebauung an der Friedenheimer Brücke ist dieser Konsens beendet. Genauer: Es steht jetzt die Frage im Raum, ob nur die Innenstadtsilhouette schützenswert ist oder ob auch die Silhouetten von Einzelensembles schützenswert sein sollen. Und gerade wegen der Siemens-Hochhäuser im Münchner Süden stellt sich die Frage, ob die Gesamtsilhouette der Stadt vor den Alpen schützenswert ist.

Nach 1945 – Rettung der Stadtsilhouette....

1945 waren in München nur noch 45% aller Gebäude bewohnbar. In dieser Phase gab es intensive Debatten über den Wiederaufbau. Karl Meitinger schrieb 1946: *„Wir müssen unter allen Umständen trachten, die Erscheinungsform und das Bild der Altstadt zu retten und müssen alles erhalten, was vom Guten und Wertvollen noch vorhanden ist. Das aber bedeutet, dass unser liebes München in neuem Gewande, aber im alten Geist wieder ersteht.“*

Doch genau dieser „alte Geist“ stieß natürlich auch auf Ablehnung. Die Zerstörung Münchens wurde von vielen Architekten als „Stunde Null“ auch in architektonischer Hinsicht verstanden wissen. Doch die Mehrheit des Stadtrates – und auch die Mehrheit der Münchner entschieden gegen den historischen Bruch und für den Wiederaufbau – zumindest der Innenstadt – nach historischem Vorbild.

Zwar unternahm der Stadtrat über die Jahrzehnte hinweg große Anstrengungen die Stadtsilhouette wieder erstehen zu lassen, ging aber mit der Stadtgestalt im Einzelnen oft so ungehemmt um, dass der Buchtitel *„Die zweite Zerstörung Münchens“* zum geflügelten Wort wurde. Der autogerechte Altstadttring schlug tiefe Schneisen durch die Innenstadt, viele historische Bauwerke wurden einfach abgerissen, wenn sie der Erneuerung im Wege standen.

...aber nicht alles gehörte zur Stadtsilhouette

Solange der Reihe nach einzelne Bauwerke oder Ensembles zerstört wurden, zuckte der Stadtrat mit den Schultern.

Völlig unverständlich blieb den sozialdemokratischen Oberbürgermeistern Vogel und Kronawitter, warum sich Widerstand regte, als für das Patentamt an der Isar ganze Häuserzeilen flachgelegt wurden, oder als für die Hochhäuser auf der Theresienhöhe die schönsten Biergärten Münchens verschwanden.

Die „zweite Zerstörung Münchens“ war Anlass für viele kritische und bissige Kommentare. So urteilte Hermann Leitendorfer, Stadtbaurat in der Wiederaufbauphase Münchens, und als Architekt von Münchens erstem Hochhaus (dem zwischen 1925-1929 erbauten technischen Rathaus und heutigen Planungsreferat an der Blumenstraße) unverdächtig, ein bedingungsloser Hochhausgegner gewesen zu sein: *„Eine typische Ungunst ist die Überforderung des Bauprogramms, besonders in der wertvollen Stadtmitte durch den Bauherrn und den Geldgeber. Sie wirkt sich unvermeidlich und peinlich in der Erscheinung dieser Neubauten aus, in der Vielzahl gedrückter Geschosse und in überstiegenen Bauhöhen. Deren Unmaß gefährdet das Gleichgewicht der Straßen, den wohlthuenden Eindruck*

ihrer Weite, vor allem aber – und an den schönsten Stellen der Stadt – das Gesamtbild und die bis in unsere Tage unbeeinträchtigt gebliebene Wirkung der Stadtkrone in ihren Türmen“

Helmut Qualtinger giftete 1958 bissig: *„Mitten in Bayern, dort wo grundlos die Autobahn aufhört, fängt München an. So wie der Krieg die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist, so ist München die Fortsetzung des Autobahnverkehrs mit anderen Mitteln.“* Und Herbert Rosendorfer 1982: *„Nicht der Krieg hat München zerstört, sondern der Wiederaufbau. Natürlich hat man die Theatinerkirche nicht abgerissen, auch nicht das Hofbräuhaus, aber man hat einen überflüssigen.“* „Altstadtring“ gebaut, der eine



Münchens erstes Hochhaus - mit 45 m ein eher kleineres Exemplar.

der schönsten Straßen der Stadt, die Maximilianstraße, zerstörte; man hat das Roman-Mayr-Haus am Marienplatz durch ein künstlerisch völlig indiskutables Kaufhaus eines architektonischen Schreibtischtäters ersetzt und damit den Stadtkern entwertet.“ Man wünscht sich im Nachhinein, dass Georg Kronawitter, als er noch OB war,

einmal so massiv gegen die Zerstörung Münchens – z. B. zugunsten der verkehrsgerechten Planungen – gewettert hätte, wie er jetzt als Alt-OB gegen Hochhäuser vorgeht.

Wo stehen die Grünen?

Die Hochhausdebatte sollte durch zwei Studien (Schreiber 1977 und Stracke 1995) in entscheidungsreife Bahnen gelenkt werden: „Beide Studien gehen davon aus, dass die Baukultur der Landeshauptstadt dominante Wolkenkratzer ebenso wenig zulässt wie neue Hochhäuser in der Kernstadt mit ihrem historischem Maßstab....Das Hochhaus soll nur dort zugelassen werden, wo es sich aus dem Kontext einer Verdichtung ergibt. Voraussetzungen für Verdichtungsmaßnahmen sind Schnittstellen der Linien des öffentlichen Nahverkehrs mit leistungsfähigen Individualverkehrsstraßen, die Nähe zu ÖPNV-Haltestellen, bereits vorhandene Hochhäuser und nicht zuletzt die gleichzeitige Möglichkeit einer Verbesserung der Grün- und Freiraumausstattung der Verdichtungszone selbst.“ (Stracke 2003)

Im Wesentlichen sollten die Grünen die Ergebnisse der Hochhausstudien akzeptieren und die Entwicklungspotentiale, die sich für Hochhäuser in München ergeben, nicht ignorieren. Zwar gibt es unter ökologischen Aspekten nach wie vor wenig Gründe, sich für Hochhäuser einzusetzen (s. J. Lorenz, S. 7). Es gibt jedoch keinen Grund, Hochhäuser an jedem Standort abzulehnen. Sie können städtebauliche Akzente setzen und ansonsten verlorene Orte als markantes Element in der Stadtstruktur ausweisen. Die Hochhäuser an der Donnersberger Brücke z.B. - so sehr sie aus einigen Blickwinkeln als unerwünscht dominant erlebt werden können - stehen dort richtig. Und man muss bedenken: Ein Bauwerk wird nicht besser weil es flacher ist. Die geballten architektonischen Phantasieleistungen an den Ausfallstraßen Münchens, wo Baumasse sich an Baumasse reiht, belegen, dass die schlimmsten architek-

tonischen Verfehlungen nicht immer in Hochhäusern zu finden sind.

Teurer Grund – hohe Dichte

Das soll nicht die erbärmliche Architektur der meisten Hochhäuser in München rechtfertigen. Sie entstehen ja nicht aus städtebaulichen Visionen, sondern aus dem Bestreben der Investoren, durch besser verwertbare Unikate dem Gewerbemarkt mehr Rendite abzutrotzen.

Die maximale Rendite bestimmt auch das zweite Motiv zum Bau von Hochhäusern: Der Wille zur Dichte. Die exorbitanten Bodenpreise Münchens erfordern die optimierte Bebauung von Grundstücken. Die Dichteanforderungen lassen sich mit gutem architektonischen Gewissen kaum noch erfüllen.



Frech grinst hier der Uptown Tower über die Nymphenburger Mauer. Da wird so mancher Stadtrat sauer.

Das Motto „kompakt-urban-grün“, zu dem die Grünen aus guten Gründen stehen, verkommt häufig zu einem „zu kompakt – wenig urban – und viel zu wenig grün“. Die gegenwärtige Hochhausdebatte greift daher zu kurz – München braucht eigentlich eine Dichtedebatte. Diese Debatte müssen die Grünen führen.

Und München braucht deswegen auch eine Debatte über die Grenzen des Wachstums der Stadt. Bereits der Stadtentwicklungsplan von 1963 ging davon aus, dass die Entwicklungspotentiale Münchens bei ca. 1,3 Millionen Einwohnern erschöpft sein würden. Und Alexander Mitscherlich schrieb 1971: „Angesichts der Lage in München wäre es wohl falsch von einem Wachstum dieser Stadt zu spre-

chen. Sie wächst nicht, sie schwillt an und wuchert.“

Der Flächenverbrauch der letzten vierzig Jahre gibt Mitscherlich recht. Dabei ist die Einwohnerzahl nicht massiv gestiegen, sondern der Flächenverbrauch pro Kopf, der heute bei knapp 40 qm pro Person liegt. So wird durch den steigenden Wohnraumbedarf der Wohnungsneubau pro Jahr mehr als neutralisiert. Nach den Siedlungsmaßnahmen Panzerwiese und Freiham wird München – außer den noch zu erwartenden Kasernengeländen - seine Entfaltungsmöglichkeiten weitgehend erschöpft haben – wenn man nicht gerade im Westen bis an die Stadtgrenze bauen.

Die Dichtefalle

Die jetzt heftig diskutierten vier Hochhäuser am Birketweg sind ein Musterbeispiel für die unterschiedlichen städtebaulichen Sichtweisen auf Hochhäuser – aber auch ein Beleg für die Dichtefalle, in der sich die Stadtentwicklung Münchens befindet. Aufgrund des städtebaulichen Rahmenvertrages für die Entwicklung Achse Hauptbahnhof-Laim-Pasing, aufgrund des – sicherlich sinnvollen Wunsches, an der Friedenheimer Brücke eine

S-Bahn-Station zu errichten - und aufgrund der Erlöswünsche der Bundesbahn (Vivico) ist eine Dichte vorgesehen, die den Bau von Hochhäusern fast schon als zwingend erscheinen lässt, wenn man nicht den Hirschgarten zum Vorgarten einer massiven Bebauung machen will.

Sähe man von der Donnersbergerbrücke nach Westen, dann stünden Hochhäuser an der Friedenheimerbrücke sicherlich richtig. Aber wer steht schon gerne auf der Donnersbergerbrücke und sieht nach Westen?

Gerne steht man dagegen im Schlossrondell Nymphenburg und vor dem Maximilianeum und blickt nach Westen. Dann aber stören die Hochhäuser die Silhouette nachhaltig. Sie drängen sich vom Maximilianeum aus an die Frauenkirche – das lässt sich durch

geschickte Situierung wohl noch etwas entzerren. Doch am Blick aus dem Schlossrondell ändert sich nichts. Auch das Hochhaus an der Neusserstraße schiebt sich unübersehbar über das Siegestor wenn man sich auf den Odeonsplatz stellt. Auch das eine Bausünde, die sich aber nicht mehr ändern lässt.

Aber der Birketweg führt uns zur derzeit aktuellen Frage: Wie wichtig ist uns Grünen die Stadtsilhouette? Und da muss die grüne Antwort eindeutig sein: Hochhäuser ja, Modernität ja, aber nicht auf Kosten traditionell gewachsener Orte. Man kann und wird Münchens Silhouette nicht wie eine Spitzwegzeichnung retten wollen. Aber es gibt keinen Grund, einer weiteren dauerhaften Zerstörung weltbekannter

Ensembles zuzustimmen. Der Blick auf *Uptown München* vom Schlossrondell aus ist beschämend genug und sollte als Zeichen und Warnung vor weiteren Bausünden verstanden werden.

Nichts höher als die Frauentürme?

Die einzige Hoffnung ist, dass Schloss Nymphenburg und die Ludwigstraße länger stehen werden als die Abschreibungsobjekte, die jetzt am falschen Platz stehen. Am Birketweg müssen städtebauliche Dominanten anders als durch Hochhäuser gesetzt werden. Das Bürgerbegehren der „Initiative unser München“ will aber darüber hinaus erreichen, dass auch außerhalb des Mittleren Rings kein Gebäude mehr höher

als die Frauentürme sein darf. Dies kann ebenfalls kein grünes Ziel sein.

Es ist auf alle Fälle zu begrüßen, dass jetzt die Bürgerinnen und Bürger in die Diskussion um die Zukunft der Stadt direkt eingreifen und am Ende auch entscheiden können. Dies wird sicherlich zu mehr Sensibilität im Umgang mit der Stadtgestalt führen – und das kann nicht schaden

Aber die Frauenkirche zum Maßstab aller Dinge zu machen ist überholt – vor allem an Standorten wo weder Sichtachsen noch Stadtsilhouette betroffen sind. Das große Rasiermesser wird der Stadtgestalt Münchens nicht gerecht

Siegfried Benker

RESSOURCENSCHONENDES BAUEN DURCH HOCHHÄUSER?

Grundsätzlich sind Hochhäuser nicht notwendig ein Gegenmodell zum energie- und ressourcensparenden Bauen. Trotzdem gibt es in ihrer Ökobilanz eine Reihe von kritischen Punkten.

Nach der Bayerischen Bauordnung sind Hochhäuser in der Regel Wohngebäude mit mehr als 7 Geschossen oder Bürogebäude mit mehr als 6 Geschossen. Nach den bauordnungsrechtlichen Vorgaben bestehen für Hochhäuser erhöhte Sicherheitsanforderungen, insbesondere im Hinblick auf den Brandschutz.

Energie- und Materialbedarf

Wärmebedarf und Wärmeverlust eines Gebäudes werden wesentlich durch das sogenannte A/V-Verhältnis (Verhältnis der Außenhaut zum Volumen des Gebäudes) bestimmt. Je höher es gebaut ist, desto weiter entfernt sich ein Gebäude vom idealen A/V-Wert. Diesen steigenden Transmissionswärmeverlust kann zwar durch Verstärkung der Dämmung entgegengewirkt werden, doch steigt damit der materialbedingte Energieaufwand bei der Er-

richtung eines Gebäudes.

Zusätzlich zur Entfernung vom idealen A/V-Verhältnis steigt mit der Höhe des Gebäudes der Transmissionswärmeverlust auch wegen steigender Windgeschwindigkeiten. Die Einhaltung einer definierten Winddichtigkeit erfordert dann wiederum steigenden Aufwand bei der Dämmung.

Der Fremd-Energiebedarf für die Kühlung steht in Abhängigkeit von Lage und Konstruktion des Gebäudes. Für Hochhäuser kann eine natürliche nächtliche Kühlung über partielle Fensteröffnung wegen der Winddruckverhältnisse nur noch in den unteren Geschossen ermöglicht werden. Für die hochhauspezifische Gebäudetechnik (Aufzugssysteme, Sicherheitstechnik wie Sprinkleranlagen und Feuerwehraufzüge) besteht neben dem Material- und damit Energieaufwand für die Erstellung in jedem Fall ein Mehr-Energiebedarf. Dies wurde in einer von der TU München 1993 erstellten Studie „Ökologische Auswirkungen von einzelstehenden Hochhäu-

sern sowie Hochhausgruppen“ bereits festgestellt.

Natürlich besteht die Möglichkeit bei Hochhäusern Fotovoltaik-Fassaden bei Ersatz anderer Fassadenelemente auszuführen, doch muss darauf hingewiesen werden, dass bei der hier übli-



Diese beiden steilen Zähne sind noch in Bau, erheben sich aber bereits über das Siegestor

chen senkrechten Anbringung der Module der Stromertrag gegenüber eine Montage mit annähernd optimalen Neigungswinkel auf rund 75% des optimalen Betrags absinkt. Solarenergetisch negative Auswirkungen können sich allerdings auf im Abschattungsbereich liegende Gebäude mit Solaranlagen ergeben. Ein konkreter Fall findet sich aktuell am Birketweg, wo durch die geplanten Hochhäuser bei einer bestehenden und dann teilverschatteten Fotovoltaik-Anlage eine Ertragsminderung von über 10% eintreten würde, die von dem Hochhauseigentümer auszugleichen wäre.

Nach Recherchen in meinem Referat gehe ich davon aus, dass der beim viel gelobten Öko-Hochhaus in Frankfurt (die Zentrale der Commerzbank) unter anderem mit einer Pellettheizung erreichte Primärenergiekennwert von 110 kWh/m²/a einen nur schwer zu unterbietenden Grenzwert für Hochhäuser darstellt. Im Vergleich zu normal geschossigen Bürogebäuden im Niedrigenergiehausstandard ist dies aber immer noch ein Mehrverbrauch von rund 40%.

Verkehrerschließung

Die punktförmige Konzentration von Nutzungen an geeigneten Standorten kann bei entsprechend konzentrierter Erschließung mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu einer Verringerung der



Wenig Kritik gibt es am Mercedes-Hochhaus - mal abgesehen vom Stern auf dem Dach. Höhe: 63 m (ohne Stern).

versiegelten Fläche und zu einem Rückgang des Individualverkehrs führen. Auf der anderen Seite erzeugen Hochhäuser punktuelle und zeitlich konzentrierte Verkehrsaufkommen wodurch ein erhöhter Aufwand entsteht, die entsprechenden Folgen abzufangen.

Stadtklima

Umströmungseffekte im bodennahen Bereich, die sich in der Regel durch Zugigkeit oder Böigkeit bemerkbar machen, sind zwar günstig für die bodennahe Durchmischung und den Austausch der Luft, wirken sich aber ungünstig auf die Aufenthaltsqualität der Fußgänger und Radfahrer und erschweren verschiedene Nutzungen im öffentlichen Raum, wie z.B. Cafés.

Bei Hochhäusern mit begleitender geschlossener Bebauung entsteht ein großräumiges Strömungshindernis, dass in der Regel die Durchlüftung und den Luftaustausch reduziert. Insgesamt entstehen dadurch ungünstige lufthygienische Bedingungen. Auch die Verschattung der Umgebung - insbesondere von umliegenden Wohngebäuden ist problematisch und muss aufgrund einschlägiger DIN-Normen beurteilt werden. Auch eine mögliche Blendwirkung der Fassaden auf umliegende Straßen ist zu berücksichtigen.

Nicht zu unterschätzen sind auch Art und Ausmaß der Sonneneinstrahlung. Verschiedene Gebäudeteile gliedern sich in verschiedene „Klimazonen“, in der Regel ist dadurch die Anforderung an die Klimatisierung relativ hoch.

Grün- und Freiflächen

Im Hinblick auf die Grün- und Freiflächenversorgung haben Hochhäuser sowohl positive als auch negative Auswirkungen. Die Stapelung von Gebäuden führt bei gleichbleibender Geschossflächenzahl zu geringerem überbautem Flächenanteil. Dadurch kann sich auch das Freiflächenangebot für die Naherholung im direkten Gebäudeumfeld erhöhen. Durch eine Konzentration von Bebauung, insbesondere an Schnellbahnhaltepunkten, können die Landschaftszersiedlung und zusätzliche Erschließungen im Außenbereich eingeschränkt werden.

Die dargestellten Vorteile bergen aber gleichzeitig Nachteile in sich. Ab einer bestimmten Bauhöhe wird die prozen-

tuale Zunahme des Freiflächenanteils im Bezug auf die Geschossfläche erfahrungsgemäß immer geringer. Die Konzentration von gestapelten baulichen Nutzungen kann zu einer Verdrängung von wertvollem Grün und einer landschaftsökologischen Verarmung im Umfeld der einzelnen Hochhäuser führen, da dort erfahrungsgemäß eher intensiv gepflegte „schöne“ Grünflächen gefragt sind.

Auswirkungen auf den Menschen

Konkrete Auswirkungen auf den Menschen dürfen nicht außer Acht gelassen werden. Hierbei ist insbesondere an die immobilen sozialen Gruppen wie zum Beispiel Kinder zu denken, die weite Wege zu Spielflächen auf sich nehmen müssen. Die Lichteinwirkung auf die Nachbarschaft, insbesondere bei dauerbeleuchteten Hochhäusern, wird häufig sehr wenig bedacht. Rechtsverbindliche Vorschriften zur Bestimmung der immissionsschutzrechtlichen Erheblichkeitsgrenzen für Lichtimmissionen existieren allerdings bisher nicht. Sowohl die physiologische Blendung, das heißt die Verminderung des Sehvermögens durch Streulicht als auch die psychologische Blendung, das heißt die Verminderung des Wohlbefindens durch starke Lichtquellen in der Nachbarschaft, werden bei Umweltverträglichkeitsuntersuchungen bisher nur sehr am Rande untersucht.

Nicht per se ökologisch

Neben den greifbaren Umweltaspekten spielen bei der Beurteilung von Hochhäusern vor allem subjektive und psychologische Aspekte eine wichtige Rolle. Insbesondere gestalterische Aspekte bei den Einzelgebäuden und die Frage der räumlichen Platzierung im Stadtgefüge stehen derzeit im Mittelpunkt der Diskussion. In diesem Zusammenhang stellt sich immer wieder die Frage nach dem eigentlichen Grund für diese Bauform: Wurde sie gewählt wegen einer räumlichen Nähe zu besonderen Standorten oder aus Repräsentationsgründen? Eine Gesamtabwägung unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit, die ökologische, ökonomische und soziale Aspekte gleichwertig und

gleichrangig einzubeziehen hat, fand bisher so gut wie nicht statt. Ich wünsche mir, dass eine solche Gesamtbeurteilung bei der Diskussion über die in Planung befindlichen Projekte in München stärker als bisher in den Vordergrund gerückt wird
Ein gerade erschienener einschlägiger

Artikel aus dem vom amerikanischen Ökopapst Amory Lovins geführten Rocky Mountain Institut argumentiert zugunsten von „big buildings“, dass für Planung und Bau hoher Gebäude große Budgets zur Verfügung stehen, woraus auch zukunftsweisende Investitionen in ökologischer Hinsicht getä-

tigt werden könnten. Soweit die Theorie eines Urgesteins der Ökologiebewegung - das sich allerdings inzwischen in ein Ökohaus auf dem flachen Lande zurück gezogen hat.

Joachim Lorenz

GENDER BUDGETING

Geschlechtergerechte Haushaltsführung

Nachdem Gender Mainstreaming zwar in aller Munde ist, viele aber nicht wissen, was es bedeutet und wie es funktioniert, kommt nun ein neuer Begriff in die Diskussion der noch komplizierter aber um so spannender ist: Gender Budgeting oder geschlechtergerechte Haushaltsführung.

Da sich gerade die Grünen sowohl mit dem Thema Gender Mainstreaming (GM) als auch Gender Budgeting (GB) intensiv auseinandersetzen und es nun auch in München geschafft haben, Gender Budgeting einzuführen, ist es an der Zeit die Begriffe zu klären: Bevor ich zu Gender Budgeting komme, noch mal ein kurzer Exkurs zu Gender Mainstreaming:

Oft wird noch unterstellt, es handle sich um ein Hobby von frauenpolitisch und Gender interessierten Frauen und Männern. Weit gefehlt - denn Gender Mainstreaming ist ein durch eine Reihe von internationalen Verträgen verpflichtendes Prinzip: etwa durch die Abschlusserklärung der UN Weltfrauenkonferenz in Peking 1995. Auch der Amsterdamer Vertrag verpflichtet die

Bundesregierung GM als Strategie und Methode zur Verbesserung der Gleichstellung der Geschlechter einzuführen. Das bedeutet, dass alle gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern berücksichtigen müssen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt: alle Maßnahmen von Verwaltung und Politik müssen auf ihre Auswirkungen auf Frauen und Männer hin betrachtet werden

Beispiel Sport

Mädchen und Frauen bevorzugen viele Breitensportarten, kaum aber die klassischen Mannschaftssportarten, die von Jungen und Männer bevorzugt werden. Das ist aber nicht angeboren, sondern, wie Untersuchungen zeigen, ist diese Vorliebe stark von der Ausgestaltung des Angebotes, den Trainingsmethoden und den Leistungsstandards beeinflusst, die häufig auf Jungen und Männer zugeschnitten sind. Die Folge ist, dass weniger Frauen und Mädchen an Sportarten wie Fußball, Basketball, Handball usw. teilnehmen. Mädchen könnten aber durch adäquate Trainingsmethoden, die ihren

Bedürfnissen entsprechen, auch für sogenannte Jungensportarten gewonnen werden

Beispiel Mobilität

Frauen und Männer sind unterschiedlich mobil, öffentliche Verkehrsmittel werden verstärkt von Frauen genutzt, sie gehen auch mehr zu Fuß als Männer, sie gebrauchen wesentlich seltener ein Auto als Männer.

Gleichzeitig haben sie aber aufgrund der noch vorherrschenden Rollenverteilung die Hauptverantwortung für die Koordinierung von familiären Aktivitäten. Daraus ergeben sich geschlechtsspezifisch unterschiedliche Bedürfnisse und Anforderungen an das Angebot des öffentlichen Nahverkehrs, bzw. überhaupt an die Verkehrspolitik.

Gender Mainstreaming macht also unterschiedliche Realitäten von Frauen und Männern bewusst und deutlich, die Beachtung der Geschlechterperspektive wird zu einem wesentlichen Entscheidungskriterium. GM kann selbstverständlich zu Maßnahmen für beide Geschlechter führen.

Politik dreht sich nicht zuletzt um die Verteilung finanzieller Ressourcen. Zum

GM gehört daher unbedingt das Prinzip des Gender Budgeting, das letztendlich eine Konkretisierung des GM-Strategie ist: GB bedeutet, öffentliche Haushalte so zu führen, dass sie geschlechtergerecht sind, d.h. die Vergabe von Mitteln so zu gestalten, das beide Geschlechter gleich daran partizipieren.



Wie soll die Sportförderung für Mädchen aussehen? Bessere Angebote in sogenannten Jungensportarten oder neue Wege, etwa durch die Förderung von Ballett?

Der Grundgedanke des GB: Es gibt keine geschlechtsneutrale Haushaltspolitik, denn die Verteilung der Gelder hat logischerweise Auswirkungen auf die Geschlechter.

Die Frage: Wer profitiert?

Bisher wird bei der Verteilung öffentlicher Mittel nicht einmal geprüft, in welchem Umfang sie Männern und Frauen zugute kommen. Aber genau das ist der Punkt: Das Ziel der Gleichstellung erfordert es, bei der Vergabe öffentlicher Mittel darauf zu achten, dass Frauen und Männer gleichermaßen profitieren. Dazu müssen z.B. folgende Fragen gestellt werden:

■ Wem konkret fließen öffentliche Mittel zu (Männern – Frauen, Jungen-Mädchen)?

■ Wer profitiert zu welchen Anteilen von öffentlichen Mitteln?

■ Stimmt der tatsächliche Nutzen mit den politischen Vorgaben überein (Gleichstellungsgrundsatz)?

Auch Gender Budgeting ist mittlerweile international verankert, es gibt in 40 Staaten entsprechende Initiativen. Eines der ersten Länder, das GB eingeführt hat, war Südafrika. Grund dafür war eine starke Initiative von Frauen die sich für die Verteilung der Gelder zugunsten von Frauen einsetzten - beispielsweise um die Analphabetenrate bei Frauen zu senken und armen Frauen den Zugang zur besserer Ernährung, Gesundheit und höherer Qualifi-

kation zu ermöglichen. Auf europäischer Ebene wird u.a. in Basel mit GB gearbeitet. In Deutschland verfolgen - jeweils auf Initiative der Grünen - München, Münster und Berlin die geschlechtergerechte Haushaltsführung. Wie funktioniert GB in der Praxis? Zugegeben, GB ist ein komplexes und komplizierte Konstrukt und es gibt dafür auch keine allgemein gültige Anleitung.

Schmale Datenbasis

Eines ist allerdings immer klar: Um die Mittelvergabe nach Gleichheitsgrundsätzen zu vollziehen braucht man vor allem Daten, um die oben genannten Fragen beantworten zu können. Konkret bedeutet dies, die Verwaltung muss die Mittelvergabe nach geschlechtsspezifischen und geschlechtsdifferenzierten Daten analysieren. Sie muss wissen, wie die Zielgruppen zusammengesetzt sind, und welche unterschiedlichen Bedürfnisse bei NutzerInnen und Zielgruppen vorhanden sind.

Übertragen auf die Beispiele Sport und Mobilität könnte dies folgendes bedeuten:

Die Stadt X gibt jährlich 500.000 € für Sportförderung aus. Eine Analyse müsste ergeben, wie viel davon Frauen und wie viel Männern zu Gute kommt. Kommt man zu dem Ergebnis, dass die Gelder zum großen Teil in die sog. Jungen- und Männersportarten fließen und die Mädchen und Frauen zwar an diesen Sportarten interessiert

sind, aber keine Angebote für sie vorhanden sind, müssten die Investitionen so verteilt werden, dass spezielle Angebote für Mädchen und Frauen gemacht werden, um diese Sportarten für sie zugänglich zu machen.

Im Bereich Mobilität z.B. könnte eine Analyse (ganz grob) ergeben, dass die öffentlichen Mittel für den Verkehr hauptsächlich in den Straßenbau fließen, Frauen aber zum viel größeren Teil den ÖPNV nutzen und weniger Auto fahren. Dann müssten konsequenterweise die Investitionen zugunsten des ÖPNV umverteilt werden.

In vielen Bereichen sind aber die unterschiedlichen Bedürfnisse überhaupt nicht bekannt, weil sie noch nie abgefragt wurden. So kann ich mir beispielsweise gut vorstellen, dass Frauen zum Thema Wohnen, Wohnformen, Wohnungsbau eine andere Sichtweise und andere Bedürfnisse haben als Männer. Das lässt sich auf alle Bereiche übertragen.

Die dafür notwendigen Daten abzufragen, zu sammeln, zu analysieren und aufzubereiten ist natürlich aufwendig, unter Gleichstellungsgesichtspunkten aber unabdingbar. München hat den Schritt in diese Richtung gemacht, es bedarf aber sicher noch viel Zeit und Geduld, damit dieses spannende Projekt voll umgesetzt wird. Für die Grünen eine Herausforderung.

Lydia Dietrich



Besuch im Bauzentrum

Besuch der Stadtratsfraktion beim neuen Münchner Bauzentrum in der Messestadt Riem. Das Bauzentrum bietet Beratung, Workshops und Seminare rund ums Bauen - mit einem Schwerpunkt auf ökologische Bau- und Energietechnik. Näheres ist unter www.muenchen.de/bauzentrum zu erfahren.

Leiter des Bauzentrums ist übrigens Reinhardt Kleinöder, ein ehemaliger Mitarbeiter der Grünen Stadtratsfraktion. Von links nach rechts: Jens Mühlhaus, Siegfried Benker, Sabine Krieger, Sedef Özakin, Reinhardt Kleinöder, Alexandra Weiß, Boris Schwartz, Sabine Beck und Praktikantin Beate Mayer.

EURO-VISION FÜR DIE TÜRKEI

Was der EU-Beitritt für die Münchner Türken bedeuten würde

Ende diesen Jahres wird über einen Termin für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der Türkei verhandelt. Dabei wird aber noch keine Entscheidung über einen Beitritt gefällt.

Es geht im Dezember allein um die Frage, ob die Türkei reif ist für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Erst wenn diese Verhandlungen einen positiven Verlauf nehmen, wird über einen möglichen Beitritt entschieden.

Dennoch scheint es, als ob die CDU/CSU ihren Europawahlkampf aufgrund mangelnder Inhalte allein auf das Thema „EU Beitritt der Türkei“ fixieren wird. Dabei soll in unverantwortlicher Weise der Eindruck erweckt werden, die Türkei würde sofort Vollmitglied der EU und dies würde jährliche Milliardenzahlungen zu Lasten des deutschen Steuerzahlers nach sich ziehen. Mit diesen Parolen verärgert die Union viele in Deutschland lebende Türken und türkischstämmige Deutsche. Es wird nicht bedacht, dass es sich dabei auch um die Steuergelder der in Deutschland lebenden Türken handelt, die einen Beitritt sehr wohl befürworten würden.

„Die Türkei gehört zu Europa..“

Auch unter den türkischstämmigen Münchnern sorgt die Ausgrenzungspolitik der CDU/CSU für viel Diskussionsstoff. Angefangen vom türkischen Seniorentreff bis hin zum türkischen Fußballclub in München wird über die EU-Beitrittsverhandlungen der Türkei geredet, diskutiert und gestritten. Fast alle fühlen sich darin bestätigt, dass der CDU/CSU nicht an einer gemeinsamen Zukunft von Türken und Deutschen gelegen ist.

Das Angebot einer „privilegierten Partnerschaft“ anstelle einer Mitgliedschaft sehen viele als eine Beleidigung, zumal der Türkei vor vierzig Jahren durch das Assoziationsabkommen mit der Euro-

päischen Wirtschaftsgemeinschaft ein Weg hin zum Beitritt in die EU geebnet wurde. Federführend an der Erarbeitung des Assoziationsvertrages beteiligt waren der damalige Bundeskanzler Adenauer (CDU) sowie der damalige EU-Kommissionspräsident Walter Hallstein (CDU). Hallstein erklärte daraufhin: „Wir sind heute Zeuge eines Ereignisses von großer politischer



Bedeutung. Die Türkei gehört zu Europa.....“

Wie viele fadenscheinige Verträge noch?

Es ist vor diesem Hintergrund kaum zu glauben, dass heute, vierzig Jahre später, die gleiche Partei, offensichtlich in Unkenntnis ihrer eigenen Geschichte, mit der Türkei nur einen „speziellen Kooperationsvertrag“ abschließen will, der eine Alternative zu einem EU-Beitritt darstellen soll.

Die Türken fragen sich nun zu Recht, wieviele solcher fadenscheinig verkleideter Assoziationsverträge man denn noch mit der Türkei abschließen möchte, zumal man der Türkei seit 1963 mehrfach vertraglich eine Beitrittsperspektive zusicherte.

Im Gegensatz zu den öffentlich diskutierten europa- und bundespolitischen Auswirkungen der Verweigerungshaltung der Union bleiben die Auswirkungen eines EU-Beitritts der Türkei – bzw. dessen Ausbleiben – auf den einzelnen Türken oder türkischstämmigen Deutschen der deutschen Öffentlichkeit verborgen. Wo Angst vor „Überfrem-

dung“ und unreguliertem Zuzug von „Ausländern“ geschürt wird, wird vergessen, dass bereits mehrere Millionen Türken unter uns leben. Dass dies auch dem Wohle des Landes dient, muss nicht besonders betont werden - oder doch? Auch in München schaffen Türken Arbeitsplätze, Ausbildungsplätze, kaufen Türken Autos, Häuser, Wohnungen, zahlen Türken Lohnsteuer, Einkommensteuer, Mehrwertsteuer, Gewerbesteuer, Grunderwerbssteuer und was es sonst noch alles zu zahlen gibt.

Wandern zwischen den Kulturen

Wenn diese Menschen nun eine Brücke zwischen Deutschland und ihrem Herkunftsland schlagen wollen, stoßen sie auf zahlreiche Hindernisse. Ein Türke kann sich insbesondere nicht länger als sechs Monate im Ausland aufhalten, da sonst sein Aufenthaltsstatus in Deutschland erlischt.

Viele Türken in München würden sich gerne eine erste oder zweite Existenz in ihrem Herkunftsland aufbauen. Dies wird jedoch durch die bestehenden Regelungen unmöglich gemacht, da die Rückkehr nach Deutschland gefährdet ist. Gerade in einer sich betont weltoffenen gebenden Stadt wie München verstehen die Türken nicht, dass die Union ein für alle Seiten vorteilhaftes „Wandern zwischen den Kulturen“ unbedingt verhindern will.

Wer glaubt, dass bei den in München lebenden Türken keine Rückkehrgedanken existieren, der irrt gewaltig. Es ist jedoch von einer nicht zu überbietenden Lebensfremdheit, anzunehmen, dass ein rückkehrwilliger Türke diesen nicht umzukehrenden Entschluss leichtfertig treffen wird. Viele Münchner Türken sind nach vielen Jahren in Deutschland in ihrem Herkunftsland oft fremder, als sie in Deutschland sind. Diesen Menschen wird durch die bestehenden Regelungen die Möglichkeit genommen, sich an ihr eigenes Heimat-

land schrittweise heranzutasten um dort wieder Fuß zu fassen und sich gegebenenfalls dort wieder niederzulassen. Vor die Wahl gestellt, in Deutschland zu bleiben oder sich in der Türkei eine Existenz aufzubauen, wählen viele Menschen die vermeintlich sicherere oder bessere Alternative, nämlich zu bleiben.

Gemeinsame Identität statt Zerrissenheit

Für den einzelnen Türken in München und für die Kommune ergäben sich nun eine Vielzahl von Vorteilen, würde der Türkei eine Beitrittsperspektive zur EU eröffnet. Die Herkunftsfrage und damit die Integrationsfrage würden schlagartig eine neue Dimension erhalten. Die Aussicht auf eine gemeinsame Identität als Europäer könnte an die Stelle der allgegenwärtigen Zerrissenheit zwischen zwei Staaten, zwei Kulturen, zwei Religionen treten. Der oft beklagten „Abschottung“ türkischer Gemeinden könnte so wirksam entgegengetreten werden. Eine Erweiterung des „Heimatsbegriffs“ vom Herkunftsland über das Aufenthaltsland zu einem integrativen Europabegriff als Heimat würde vor Ort

dazu beitragen, Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen abzubauen. Gerade bei den Türken würde das Gefühl nachlassen, in Deutschland alle kulturelle Identität aufgeben zu müssen. Die Aussicht auf Bewegungsfreiheit in einem gesamteuropäischen Raum würde dies nachhaltig verhindern. Gerade auf kommunaler Ebene hätte daher eine Beitrittsperspektive immense positive Auswirkungen auf das Zusammenleben der verschiedenen Kulturen.

Welche Auswirkungen eine Beitrittsperspektive auf die Bemühungen der Türkei im Hinblick auf die Beitrittskriterien und die Integration der Türkei in die EU hätte, steht ebenfalls außer Zweifel. Integration findet nicht nur auf zwischenstaatlicher Ebene statt. Ein bedeutender Anteil an Integration wird durch Austausch zwischen den einzelnen Individuen angestoßen.

Die Aussicht auf einen EU-Beitritt würde den hier lebenden Türken einen Grund verschaffen, ihre durch ihr Leben in Deutschland gewonnenen Erfahrungen und ihr dadurch geprägtes Selbstverständnis als Deutsch-Türken in den Prozess der Integration der Türkei in nicht unmaßgeblicher Weise einfließen zu lassen.

„Kulturexport“ durch die Deutschtürken

So könnte es durch die in Deutschland lebenden Türken zu einem „Kulturexport“ in die Türkei kommen, durch den sich die Integrationsbemühungen der Türkei in die EU verstärken und absichern ließen. Unser deutsches und europäisches Verständnis von Demokratie würde dabei selbstverständlich ebenso transportiert wie unser Verständnis von Menschenrechten. Wer wollte dies schlecht heißen? Damit würde den hier lebenden Türken das Gefühl gegeben, mit ihrer hier erworbenen Identität als Deutsch-Türken nicht zwischen den Stühlen sondern mitten auf dem Sofa zu sitzen und eine wichtige Rolle als Mittler und Gestalter auszufüllen. Damit hätte eine Beitrittsperspektive für die Türkei jedoch Auswirkungen bis in die Kommunen hinein und würde mehr Einfluss auf das Zusammenleben von Deutschen und Türken haben, als alle Integrationsprogramme vor Ort.

Sedef Özakin

G 8 – MODELL MÜNCHEN

Nun sind wir ja wahrlich überrollt worden vom Tempo der bayerischen Staatsregierung bei der Einführung des achtjährigen Gymnasiums. Aber nur motzen und den Freistaat schlecht machen - das kann und darf nicht grüne Politik sein. Stattdessen wollen wir in München mit unseren städtischen Schulen dem Freistaat und der Bevölkerung zeigen, wie das G8 funktionieren kann.

Dabei liegt die Priorität auf dem verstärkten Angebot an Ganztagsbetreuung bis zur rhythmisierten Ganztagschule, denn eins ist für uns sicher: Das G 8 ist nur als Ganztagschule sinnvoll. Der Schulausschuss hat sich einstimmig dafür ausgesprochen, das achtjährige Gymnasium auch an den städtischen Schulen zum nächsten Schuljahr einzuführen. Auftrag an die Verwaltung ist allerdings, geeignete stadtspezifische Modelle zu entwickeln, die eine Umsetzung von offener und rhythmisierter Ganztags-

schule gewährleisten.

Inzwischen müssen die städtischen Gymnasien klären, in welcher Form sie Ganztagsangebote einführen wollen und welche Probleme sich dabei stellen. Die ersten Ergebnisse liegen vor. Zwei Gymnasien (Luisen- und Elsa-Brändström) wollen eine rhythmisierte Ganztagschule für die Klassen 5-9 bzw. 5-7 einführen. Andere Schulen setzen auf vermehrte Ganztagsbetreuung für einzelne Klassen.

Hauptproblem sind die Räumlichkeiten für das vermehrte Unterrichts- und Stundenangebot und für die Mittagsbetreuung. Hier werden wohl erst mal Übergangsregelungen herhalten müssen, bis neue Räumlichkeiten für Mittagessen, Aufenthalte während der Unterrichtsstunden und Bewegungsräume gebaut oder anderweitig zur Verfügung gestellt werden können.

Finanziell wird das Ganze nur leistbar sein, wenn die Schulen mit Tagesheimen (7 Gymnasien) diese auflösen und

das dort frei werdende räumliche und finanzielle Potential für den Ganztagsbetrieb zur Verfügung stellen. Entlastend könnte gerade bei dem vermehrten Bedarf an Personal auch die geplante Arbeitszeitverlängerung für Beamte wirken. Aber nicht jede Stunde, die SchülerInnen an der Schule zubringen, muss unbedingt von LehrerInnen betreut werden. Deshalb setzen wir zusätzlich wie in Rheinland-Pfalz auch auf Kooperationen mit Kinder-, Jugend-, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen vor Ort.

Und um eins werden wir beharrlich kämpfen: Der Freistaat muss - notfalls auch durch massive öffentliche Proteste - dazu genötigt werden, die durch das achtjährige Gymnasium entstehenden Kosten für die Mittagsbetreuung nach dem Konnexitätsprinzip zu übernehmen.

Sabine Krieger

ORIENTIERUNG ODER FÖRDERUNG?

Der Orientierungsstufe braucht eine Reform, sonst droht ihr das Aus

30 Jahre Orientierungsstufe sind 30 Jahre Reparatur des bayerischen Schulsystems - eine geniale Idee in einem Bundesland, das statt auf Förderung und Orientierung, immer auf Leistung und frühzeitige Selektion gesetzt hat.

Das hat die „Ori“ jahrelang erfolgreich verhindert und vielen Kindern in München die Möglichkeit gegeben, ihre Fähigkeiten in einer gemeinsamen längeren Schulzeit ohne starken Druck und mit viel Förderung zu entwickeln. Die „Ori“ - eine einmalige Chance für Spätentwickler und Benachteiligte. Und das soll jetzt vielleicht zu Ende sein?

In ihrer langen Geschichte wurde die schulartunabhängige Orientierungsstufe in Neuperlach schon oft totgesagt. Aber immer wieder wurden die Lernbedingungen an die sich verändernde Schullandschaft angepasst. Das reichte von Angleichungen an die Lehrpläne der unterschiedlichen Schultypen bis zu Sprengeländerungen und Verschiebungen in den Zugangsquoten. Dadurch hat sich die Schule langsam immer mehr verändert, besonders in den letzten Jahren. Der Anteil gymnasial geeigneter Kinder sinkt trotz stadtweiter Sprengelöffnung ständig, immer mehr Kinder gehen jetzt gleich auf die Realschule und der Anteil der hauptschulgeeigneten Kinder steigt.

Auswahl immer früher

Die Lehrpläne von Realschulen, Gymnasien und Hauptschulen driften immer weiter auseinander. Das erschwert eine längere Orientierung ungemein.

Am Gymnasium beginnen Informatik und die 2. Fremdsprache bereits in der 6. Klasse, das neue Fach Natur und Technik startet in Klasse 5. Die sechstufige Realschule wird ab nächstem Schuljahr flächendeckend in München eingeführt. Damit erfolgt für alle SchülerInnen die Beratung für die Wahlpflichtfächer schon in Klasse 5 und 6, die Einführung dann in der 7. Jahr-

gangsstufe (früher 8).

Das Ansehen der Hauptschulen sinkt ständig. In München ist der Anteil aller Schulpflichtigen, die eine Hauptschule besuchen in den letzten 20 Jahren von 70 % auf 30 % gesunken. Für Neuperlach bedeutet die Existenz der Ori, dass dort die besseren hauptschulgeeigneten Kinder auf die Orientierungsstufe gehen, die Leistungsschwächeren besuchen die Hauptschulen am Gerhart-Hauptmann-Ring und an der Albert-Schweitzer-Straße.

Aber auch die Hauptschulen haben kein homogenes Anforderungsprofil mehr. Für den M-Zweig der Hauptschule (ab Klasse 7) wird das Zwischenzeugnis der 6. Klasse mit einem Notendurchschnitt von 2,33 für die Fächer Deutsch, Englisch und Mathe gefordert.

Schwierige Orientierung

Alle skizzierten Anforderungen machen die Orientierung immer komplizierter und fordern einen früheren Beginn der Differenzierung - ein organisatorischer Kraftakt, den die Schule nach eigener Aussagen bewältigen kann. Doch stellen sich angesichts dieser Veränderungen in der bayerischen Schullandschaft doch einige Fragen nach dem Verhältnis von Aufwand und Erfolg:

Ist es denn noch Orientierung, wenn die undifferenzierte Phase nur noch bis zum Dezember der 5. Klasse dauert? Verbraucht die Organisation des komplizierten Systems nicht zuviel Potential? Steht der Mitteleinsatz für die Stütz- und Liftkurse im Vergleich zum Einsatz an den jeweiligen Schularten in einem angemessenen Verhältnis zu den Ergebnissen? Ist es angesichts des sehr niedrigen Anteils gymnasial geeigneter Kinder bei der Aufnahme (Schuljahr 2003/04 3,5 %) und des auch relativ niedrigen Anteils von Kindern mit Notendurchschnitt 2,66 (19 %) noch vertretbar in alle drei Schularten zu orientieren?

Wir sind zu dem Schluss gekommen, dass die Ori in ihrer jetzigen Form nicht mehr passt. Was passt aber in die baye-

rische Schullandschaft?

Vier Modelle wurden am Runden Tisch diskutiert, ein Modell von SPD-Stadtrat Haimo Liebich zusätzlich eingebracht.

1. Beibehaltung in der jetzigen Form mit Orientierung auf drei Schularten. Dazu Ausbau der Ganztagsklassen, spezielle Förderung und Betreuung von Migrantengruppen, Reduzierung der Eingangsklassen und der Schülerzahl pro Klasse auf 28, Erhöhung der Zugangsquote von Schülern mit Notendurchschnitt 3,0 und 3,33

2. Orientierung nur noch von Hauptschule zu Realschule. Der gymnasiale Zweig fällt weg., d.h. es gibt nur noch B- und C-Kurse

3. Orientierung nur noch zwischen Realschule und Gymnasium, C-Kurse fallen weg, zusätzlich Aufnahme auch nicht realschulgeeigneter Kinder mit Notendurchschnitt 3,00 und 3,33

4. Umwandlung der Ori in eine dreizügige Hauptschule mit M-Zweig, ganztägiger Betreuung, ohne festen Schulsprengel. Zusätzliche Förderung in 5 und 6 zur Orientierung auf die Mittlere Reife oder den Quali. Individuelle Unterrichts- und Organisationsformen

5. Integration von Gymnasium und Realschule im Schulzentrum zu einer Integrierten Gesamtschule

Modell 1 klingt gut, aber auch teuer. Die offenen Fragen werden damit nicht gelöst. Die FDP und die Schule selbst favorisieren dieses Modell.

Modell 2 wird von der SPD bevorzugt. Ein Nachteil aus unserer Sicht ist es, dass immer weniger realschulgeeignete Kinder die Schule besuchen werden. Viele werden gleich auf die Realschule gehen. Die Schule könnte zu einer besseren Hauptschule auf Kosten der Stadt verkommen.

Modell 3 wird von uns befürwortet. Angesichts der Einführung des achtjährigen Gymnasiums und der damit verbundenen Leistungsverschärfungen halten wir ein Angebot zur längeren Orientierung auf das Gymnasium für notwendig. Auch wenn der Anteil gymnasial geeigneter Kinder jetzt sehr

gering ist, würde dieser sicher bei stärkerer Förderung Richtung Gymnasium steigen. Um aber auch Kinder zu fördern, die die Realschuleignung nicht mehr geschafft haben (3,0 und 3,33) sollen auch diese aufgenommen werden mit dem Ziel, eine Realschul- oder Gymnasialeignung zu erreichen. Das gilt besonders für den hohen Migrantenanteil in dieser Gruppe. Modell 4, das vom MLLV vorgelegt wurde, wird von der CSU favorisiert.

Es gibt der Ori einen völlig anderen Charakter, bietet aber guten Hauptschülern durch umfangreiche Fördermaßnahmen die Chance, die Mittlere Reife zu erreichen. Außerdem entlastet es den Stadthaushalt erheblich, da die Lehrer dann nur noch vom Freistaat bezahlt werden müssten und das Geld für individuelle Förderung zur Verfügung stünde. Für uns die zweite Wahl nach Modell 3. Modell 5 ist utopisch. Es ist zu teuer

und erfordert die Bereitschaft des Werner-von-Siemens-Gymnasium und der Realschule sich aufzulösen oder Klassen abzugeben. Ohne diese Bereitschaft ist es völlig unrealistisch. Ein breites Spektrum an Möglichkeiten, dass jetzt nach der fachlichen Diskussion politisch diskutiert werden muss. Spätestens im September soll die Entscheidung fallen.

Sabine Krieger

20 JAHRE MONDFAHRT

„Die Mondfahrt ins gläserne Rathaus: Braucht man ein Kochrezept für die Zubereitung von Randgruppen in der Gesellschaft, so nehme man die Münchner Grünen. Sie ergeben ein vorzügliches Outsider-Menü. Zutaten sind die Spitzenkandidaten für die Kommunalwahl am 18. März 1984: 1 Hausmann, 1 Emanze, 1 Schwuler und 1 Hausbesetzer. Und das auf einen Haufen im großen Sitzungssaal hinter der neugotischen Prachtfassade im Münchner Rathaus. Mag sich bei diesem Polit-Potpourri manchem Feinschmecker bajuwarischer Rathauskost auch der Magen umdrehen, er wird sich wohl daran gewöhnen müssen.“

So schrieb der Journalist Gillhofer im Vorfeld der Kommunalwahl vom 18. März 1984 über die erste Pressekonferenz der damaligen grün-alternativen StadtratskandidatInnen. Und weiter heißt es dort:

„Entkleidet man die Münchner grünen Größen einmal ihrer diffamierenden Publizitätshülle, entpuppen sie sich ohnehin eher als bürgerliche Durchschnittsexistenzen. Oberbürgermeisterkandidat Georg Welsch, ein gestandener Bayer, hat als Jurist und Volkswirt im Kreisverwaltungsreferat jahrelang mitangesehen, „wie diese Stadt kaputt gemacht wird.“ Und über Sabine Csampai heißt es dort: „Eine Petra Kelly ist sie nicht, die 31 jährige Sabine Csampai-Boettge...dazu ist sie zu sehr in der Frauenbewegung großgeworden, die

mit ihr als Stadträtin ein ebenso radikales wie lautstarkes Sprachrohr haben wird. Schon jetzt fordert sie eine Referentenstelle für Frauenfragen und eine Bürgermeisterin, die nur von den Frauen aller Stadtratsfraktionen gewählt werden darf: Kühner geht's nicht.“

Und weiter unten: „Leicht werden es die Münchner Grünen mit ihrem Plan nicht haben, aus der Politburg am Marienplatz ein „gläsernes Rathaus“ zu machen, wo die Mausechelen aufhören und die Transparenz stattfindet. Von dem einzig möglichen Partner, der SPD, wollen sie sich „bewußt absetzen“...“Wir verspüren keine besondere Lust, mit den Sozialdemokra-

ten zusammen zu arbeiten,“ verkündet Welsch zur Freude der Basis. Von diesem Lustprinzip wird er wohl bald wieder abrücken müssen, soll die grüne Fraktion nicht zu einer Gruppe von notorischen Neinsagern degenerieren.“ Und was haben die ersten KandidatInnen geantwortet, als ihnen auf der Pressekonferenz die Frage gestellt wurde, ob es nicht utopisch wäre, dass sie alle ihre hochgesteckten Ziele erreichen? „Vor dreißig Jahren war der Flug zum Mond auch noch utopisch – und ist trotzdem Wirklichkeit geworden.“

Bekanntlich sind die grünen Mondfahrer dann im März 1984 tatsächlich ins neugotische Raumschiff am Marienplatz gewählt worden. Voller Elan stürm-

ten sie das Cockpit und gaben die ab sofort gültigen Veränderungen bekannt: Abschalten des Atomantriebs OHU II, kein neuer Flughafen im Erdinger Moos und keine Verlagerung der Messe nach Riem. Captain Kronawitter – damals noch von den Segnungen großer Bauprojekte überzeugt, wollte auf dem Raumschiff aber nichts ändern. Da die Grün-Alternativen wussten, dass ihnen während der langen Flugzeit ziemlich langweilig werden würde, hatten sie neben diesen Forderungen aber auch das umfassendste Wahlprogramm der Parteigeschichte formuliert. Auf 48 kleinstbedruckten Seiten wurde detailliert dargelegt, was sich auf dem Raumschiff ändern müßte, um es wohnlicher zu machen. Und siehe da: Dieses Wahlprogramm erwies sich als hervorragender Arbeitsauftrag während des Fluges. Es enthielt wenige Forderungen, die sofort alles ändern sollten, aber viele Ziele, die einen langen Atem erfordern sollten – gerade das richtige für einen langen Flug.

Jetzt ist der Start der Grün-Alternativen, die jetzt nur noch grün sind, zwanzig Jahre her. Das Raumschiff fliegt nach wie vor mit Atomantrieb, den spätestens nach dem Ausstiegsbeschluß auf Bundesebene niemand mehr kaufen möchte, die Messe ist in Riem und alle sind zufrieden damit und der Flughafen im Erdinger Moos wächst als



So ähnlich müssen die damals ausgesehen haben, die Grünen Stadträte.



Ohu abschalten - aber sofort!

ob Beton sich selbst vermehrt. Von den zwanzig Jahren Flugzeit sind die Grünen seit vierzehn Jahren mit der SPD gemeinsam im Cockpit verantwortlich. Hier soll jetzt mal nicht gefragt werden, ob die Grünen sich bis zur Unkenntlichkeit oder bis zur Kenntlichkeit verändert haben, sondern vielmehr, warum sie sich nach ihrem Senkrechtstart vor zwanzig Jahren so gut in der Entscheidungszentrale des Raumschiffes halten konnten.

Zum einen natürlich: Wir waren und sind besser als unser Ruf. Während 1984 viele davon ausgingen, wir würden uns mit der Rolle des Bürgerschrecks begnügen, gelang es uns vielmehr, sie mit unserer Arbeitseifer zu erschrecken.

Erschrocken waren sie vor allem über die Zielstrebigkeit, mit der die Skeptiker der Macht sich in die Machtzentrale des Raumschiffes vorarbeiteten und sich dort breitmachten. Spätestens als Commander Welsch 1988 mit schwarzgrüner Mehrheit zum ersten Referenten gewählt wurde, war Captain Kronawitter klar, dass wir vor nichts zurückschrecken. Das gefiel ihm. 1990 stand der ersten rot-grünen Regierungscrew nichts mehr im Wege.

Seitdem haben die Grünen keinen wirklichen Navigationsfehler begangen.

Auch in für die Grünen auf Bundesebene schwierigen Zeiten konnten sie gute Ergebnisse einfahren. Dies liegt aber noch an weiteren Faktoren. Der eine: Die Grünen haben Kommunalpolitik und ihre – oft auch ermüdenden – Inhalte immer ernst genommen. Nie war es ein Sprungbrett für Karrieren. In zwanzig Jahren ist kein grüner Kommunalpolitiker in die Landes- oder Bundesebene gewechselt.

Was nicht daran liegt, dass sie keiner haben wollte, sondern daran, dass keiner weg wollte. Nicht immer zum Vorteil der Münchner Grünen übrigens: Während andere Städte PolitikerInnen auf Bundesebene haben, die aus der Kommunalpolitik herausgewachsen sind

und als Ansprechpartner zur Verfügung stehen, haben die Münchner Grünen dies nicht. Aber auch das spricht ja für München: Hier will keiner weg. Neben dem Bemühen, gute Kommunalpolitik für München zu machen und in möglichst viele Einzelentscheidungen ökologische und soziale Politik einzuflechten, gibt es aber noch etwas weitaus Wichtigeres: Die Grünen verkörpern die liberale Grundströmung, die

eine Stadt wie München will und braucht. Sicherlich liegt München im konservativen Bayern und nicht alle MünchnerInnen sind liberal eingestellt. Aber an der liberalen Grundstimmung der Stadt will kaum einer rütteln. Die Grünen stehen – unter heftiger Konkurrenz des allgegenwärtigen Oberbürgermeisters – für die Liberalität der Stadtgesellschaft. Grüne betonen die

Vielschichtigkeit der Stadt und antworten mit differenzierten Lösungen auf komplexe Sachverhalte. Mindestens genauso wichtig wie die Sacharbeit bleibt



für uns, als Vertreter eines liberalen Münchens erkennbar zu bleiben.

Dies nicht mehr zu tun, wäre der größtmögliche Navigationsfehler. Den WählerInnen ist (leider) weitgehend egal, dass wir mit Atomantrieb fliegen, die Messe in Riem ist gut und die Neubauung Theresienhöhe ist noch besser und den Flughafen haben alle schon mal benutzt. Auch wenn wir selbst mit dem Erreichten oft unzufrieden sind - entscheidend ist, ob wir als Repräsentanten und Verteidiger der liberalen Münchner Grundstimmung betrachtet werden. Da ist gar nicht wichtig, dass wir immer gewinnen – aber unsere WählerInnen wollen uns kämpfen sehen. Der Münchner ist ja auch nicht immer liberal – aber seine Stadt möchte er so sehen.

Nach zwanzig Jahren Flug ist das Raumschiff ohne die Grünen nicht mehr denkbar. Die SPD hat die Mehrheit in München auf absehbare Zeit verloren und braucht die Grünen. Die CSU hat sich in den hintersten Winkel des Raumschiffes zurückgezogen und scheint keine Ansprüche mehr auf das Cockpit zu stellen. Das Raumschiff wird auch deswegen so gut auf Kurs gehalten, weil die Grünen sowieso keine Ahnung haben, was sie auf dem Mond sollten und weil sie München so verbunden sind, sei hier ein Geheimnis verraten. Das Raumschiff ist nie gestartet, sondern steht nach wie vor am Marienplatz. Und das ist gut so.

Siegfried Benker

GRÜNE ANLAUFSTELLEN:

Stadtratsfraktion

Bündnis 90/Die Grünen - rosa liste

Tel.: (089) 233 92 620

Fax: 089 233 92 684

presse@gruene-muenchen-stadtrat.de

www.gruene-muenchen-stadtrat.de

Fraktionsvorsitzende:

Siegfried Benker

Sabine Krieger

Grünes Stadtbüro:

(täglich von 15-18 Uhr)

Sendlingerstr. 47, 80331 München

Tel.: 201 44 88

Fax: 202 18 14

stadtbuero@gruene-muenchen.de

www.gruenemuenchen.de

Mitarbeiterinnen:

Annette Louis

Liane Rohen

Petra Tuttas

Stadtvorsitzende:

Anja Högl

anjamail2003@yahoo.de

Dr. Florian Roth

DrFlorianRoth@aol.com

Büro 3. Bürgermeister

Hep Monatzeder

Tel. 233 92 482

Büroleitung:

Stefan Scholer

www.hep-monatzeder.de

Grüne Jugend München:

Tel.: 089-21159720

Johannes Dafinger

johannes@gjm.de

Bea Scheubel

bea@gjm.de

www.gjm.de

EINLADUNG



20 Jahre Grüne im Rathaus

**am 7. Mai 2004 ab 19.30 Uhr
in der Ratstrinkstube im Rathaus
(Eingang Fischbrunnen)**

Am 18. März 1984 erzielten Die Grünen/ALM bei den Wahlen zum Münchner Stadtrat 7,9 %, und am 2. Mai zog eine bunte Truppe mit verwegenen politischen Forderungen ins Rathaus ein. 20 Jahre sind seitdem vergangen - Grund genug für die Stadtratsfraktion, alle Münchner Grünen ins Rathaus einzuladen, wo wir in Anwesenheit zahlreicher Grüner Fossile bei Essen, Trinken, Musik und Kabarett unserer glorreichen Vergangenheit gedenken und fantastische Zukunftspläne entwerfen wollen.

Festredner:

Christian Ude

Kabarett mit der Gruppe

Hannesla & Veitl

Inhaber und Verleger:
Stadtratsfraktion
Bündnis 90/Die Grünen-
rosa liste
Marienplatz 8
80331 München

Redaktion:
Markus Viellvoye (verantwortl.) Stefan Scholer, Alexandra Weiß, Tassia Fouki, Sabine Beck.
Die Zeitung ist für Mitglieder der Münchner Grünen kostenlos.
Der Bezug im Jahresabo kostet derzeit 9 Euro, Einzelpreis 1, 50 Euro.

Druck:
Ulenspiegel Druck und Verlag
Besenstraße 4
82346 Andechs

Konzeption: Bernd Haak
Titellogo: Barbara Rueff